



Stadtratsfraktion

Pressemitteilung

Ansbach, 16. August 2017

OLA: „Neue Zahlen unterstreichen Bedarf einer kommunale Wohnungsbaugesellschaft“

Mietexplosion in Ansbach: 48,5 Prozent teurer als 2007 – größter Anstieg in Mittelfranken

Abgeordneter Weinberg: „Bund muss bezahlbaren Wohnraum endlich stärker fördern“

Die Mieten in Ansbach sind in den vergangenen zehn Jahren um 48,5 Prozent gestiegen. Das berichtet *AnsbachPlus* unter Berufung auf eine neue Studie des Forschungsinstitut Empirica, die in der *ZEIT* veröffentlicht wurde. Demnach stieg die durchschnittliche Nettokaltmiete in der Rezatstadt von 4,66 auf 6,92 Euro pro Quadratmeter an. Das ist der höchste prozentuale Anstieg aller Städte und Landkreise in Mittelfranken, wie Empirica mitteilt.

„Der Ansbacher Wohnungsmarkt ist äußerst angespannt. Viele Bürger finden keine bezahlbare Wohnung mehr. Das gilt im Besonderen für Familien mit Kindern. Die aktuellen Zahlen unterstreichen den Bedarf einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, die dieser Entwicklung konsequent entgegensteuert. Es war wichtig, dass sich unsere Fraktion vehement für den Wiedereinstieg Ansbachs in den Wohnungsbau eingesetzt hat. Der Stadtratsbeschluss vom 25.07.17 für die Gründung als städtischer Eigenbetrieb muss nun rasch umgesetzt werden“, kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Offenen Linken Ansbach (OLA), Boris-André Meyer.

Wenig Entlastung am Wohnungsmarkt leiste indes der Freistaat Bayern. Die Mietpreise beim Geschosswohnungsbauprojekt in der Schlesierstraße bewegten sich nur knapp unterhalb der Durchschnittsmiete, wie die *Fränkische Landeszeitung* berichtet. „So kassiert die Staatsregierung auch noch hohe Summen städtischer Gelder über die Kosten der Unterkunft für Bürger in Hartz-IV-Bezug“, kritisiert Meyer das Mietentgelt nur knapp unter den vom Stadtrat festgelegten Mietobergrenzen.

Der Ansbacher Abgeordnete Harald Weinberg sieht angesichts der Mietexplosionen in Ansbach und vielen anderen Städten auch den Bund in der Pflicht: „Die Bemühungen der Kommunen für bezahlbaren Wohnraum muss viel stärker unterstützt werden. Das Konzept der Linken sieht 250.000 neue geförderte Wohnungen pro Jahr vor. Unsere Ansätze kämen gerade auch der in Gründung befindlichen Ansbacher Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft zu Gute.“